



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission  
vom: 15. Oktober 2012  
zur Vorlage Nr.: [2012-158](#)  
Titel: **Beantwortung Postulat [2008/155](#) von Daniel Mürger, SP-Fraktion:  
Auslegeordnung familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwest-  
schweiz**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

### betreffend Beantwortung Postulat [2008/155](#) von Daniel Münger, SP-Fraktion: Auslegeordnung familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz

Vom 15. Oktober 2012

#### 1. Ausgangslage

Der Mangel an Fachkräften in der Region Basel nimmt laut vorliegendem Postulat [2008/155](#) in einigen Wirtschafts- und Berufssparten bereits bedenkliche Formen an. Für einen Wirtschaftsstandort mit Weltruf sei aber die Verfügbarkeit des entsprechenden Fachpersonals von grundsätzlicher Bedeutung. Zwar bestehe die Möglichkeit, über die Rekrutierung aus dem Ausland diesem Manko zu begegnen. Dabei werde diese Rekrutierungsform aus politischen und wirtschaftlichen Gründen immer schwieriger. Vergessen gehe dabei oft, dass speziell bei Frauen, die Erziehungsaufgaben bewältigen, ein grosses Potential brach liege.

Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat darum gebeten, eine Auslegeordnung über familienfreundliche Strukturen zu erstellen. Er solle prüfen, welche Bedürfnisse vorhanden seien und ob Handlungsbedarf angesagt sei, sowie berichten, welche Massnahmen daraus abgeleitet oder angestrebt werden. Das Ziel des Postulats ist es, die Region Basel als «familienfreundliche Wirtschaftsregion» im internationalen Vergleich noch besser zu positionieren.

Grundlage der Beantwortung dieser Vorlage bildet der [Familienbericht](#) Basel Landschaft 2010. Aufgrund der vom Regierungsrat vorgenommenen Situationsanalyse steht fest, dass bereits heute in gewissen Branchen ein Arbeitskräftemangel besteht. Dieser wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren verstärken. Zudem zeigt sich, dass der Arbeitskräftemangel insbesondere das gut ausgebildete Personal betrifft.

Die Daten betreffend familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) zeigen, dass durch eine Optimierung der FEB-Angebote dem Arbeitsmarkt tatsächlich zusätzliche Ressourcen zugeführt werden können.

In der Vorlage wurden keine neuen Massnahmen definiert, sondern eine Auslegeordnung bestehender Massnahmen gemacht.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Postulat 2008/155 abzuschreiben. Details können der [Vorlage](#) entnommen werden.

#### 2. Kommissionsberatung

##### 2.1. Organisatorisches

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beriet die Vorlage an ihrer Sitzung vom 31. August 2012 im Beisein von Rosmarie Furrer, Generalsekretärin VGD, und Katrin Bartels, Leiterin Fachstelle für Familienfragen SID. Der Postulant, Daniel Münger, nahm als Mitglied der VGK an der Beratung teil.

##### 2.2. Beratung im Detail

###### – Information

Katrin Bartels bemerkte einleitend, es gehe in der Beantwortung des Postulats darum, darzulegen, inwiefern die familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz realisiert sei und wo sie Schwachstellen/Mängel aufweise.

###### a) Altersstruktur der Bevölkerung

Die niedrige Geburtenzahl und das hohe Sterbealter, gebremst durch die Zuwanderung aus dem Ausland, haben zur Folge, dass die Gesamtbevölkerung seit 1980 erheblich gealtert ist.

###### b) Arbeitskräftemangel

Einer Zusammenstellung des Bundesamtes für Statistik ist zu entnehmen, dass Schwierigkeiten insbesondere bei der Rekrutierung von Personen mit höherer Berufsausbildung bestehen. Die Rekrutierungsprobleme unterscheiden sich wesentlich je nach der Branche. Besonders betroffen sind der Maschinenbau, die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Information und Kommunikation.

###### c) Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung

Die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern bis 18 Jahre liegt im Kanton Basel Landschaft bei 71%. Eine Befragung von Baselbieter Familien hat ergeben, dass die Hälfte der nichterwerbstätigen Mütter gerne eine Erwerbstätigkeit aufnehmen würde. Die Hindernisse, dies nicht umzusetzen, sind bei Familien mit Kindern unter 12 Jahren in 38% der Fälle die Betreuungskosten, 14% finden kein geeignetes Betreuungsangebot, und für 11% sind fehlende Tagesstrukturen oder Mittagstische ein Hindernis, (wieder) zu arbeiten.

#### d) Wirtschaftliche Situation der Familien im Kanton Basel-land

Die *Selbsteinschätzung* im Kanton BL ist positiv. 16% der Familien stufen ihre finanzielle Lage als sehr gut ein. Bei der *Steuerbelastung* im Dreiland schneidet Deutschland in einer Studie schlecht ab. In Binningen und Basel-Stadt ist die Steuerbelastung etwa gleich gross. Die *Wohnkosten* sind in Binningen und Basel Stadt mindestens einen Drittel höher als im benachbarten Ausland und liegen in ländlichen Gebieten 10% unter denjenigen der Agglomeration. Die *Krankenversicherungsprämien* liegen in der Nordwestschweiz über dem schweizerischen Durchschnitt.

Für die wirtschaftliche Situation der Familien noch viel bedeutender als Steuerbelastung oder Krankenversicherungsprämien ist die Frage, wie hoch die *Kinderbetreuungskosten* sind oder in welchem Alter die Kinder sind. Die FEB ist der entscheidende Faktor in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Folgende Massnahmen und Projekte wurden teilweise schon umgesetzt oder werden in naher Zukunft in Angriff genommen:

1. Steigerung der Attraktivität des Kantons für Familien
  - Steuererleichterungen für Familien seit 2007
  - unicef-Label für Gemeinden, welche ein kinderfreundliches Umfeld anbieten
  - Grosseleternkongress
  - KMU-Projekt: «Projekt familienfreundliche KMU im Baselbiet»
2. Steigerung der Qualifikation von Erwachsenen
3. Regelung der familienergänzenden Kinderbetreuung: Neuer Anlauf des Kantons, dies kantonal zu regeln.
4. Gesundheitsversorgung
5. Massnahmen der Frühen Förderung: Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erarbeitet einen Regierungsratsbeschluss, wie dies besser koordiniert werden kann.

\*\*\*

In der Kommissionsberatung wurde die gute Auslegung der Vorlage gelobt, welche die Problemfelder im Kanton Baselland und den daraus entstehenden volkswirtschaftlichen Handlungsbedarf deutlich aufzeigt. Es heisst im Bericht, dass mit genügend Krippenplätzen dem Arbeitsmarkt tatsächlich zusätzliche Ressourcen zugeführt werden können. Der Kanton anerkennt auch die Notwendigkeit einer kantonalen Regelung zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Er stellt fest, dass aktuell die Kosten für die professionelle Kinderbetreuung zu hoch sind, viele Familien können sich diese nicht oder nur mit ergänzenden Massnahmen (wie z.B. Sozialhilfe) leisten. Überall im Kanton fehle es ausserdem an Tagesheimplätzen.

Bemängelt wird jedoch, dass in der Vorlage die Probleme bezüglich fehlender Krippenplätze zwar deutlich hervorgehoben, Handlungsfelder jedoch nicht aufgezeigt wurden.

Bezüglich des offensichtlichen Arbeitskräftemangels auf höherer Berufsstufe hielt ein Kommissionsmitglied fest, dass eine gute Ausbildung zwar viel bringe, aber alles nichts nütze, wenn anschliessend die entsprechenden Betreuungsinstitutionen fehlen. Die Betreuungskosten seien oft höher als das, was "frau" verdiene. Deshalb liege bei Frauen im akademischen Bereich Potential brach.

Man müsse hier laut Katrin Bartels sowohl bei der Ausbildung als auch bei der familienergänzenden Betreuung ansetzen.

Von Seiten eines anderen Kommissionsmitgliedes wurde moniert, noch schwieriger als einen Krippenplatz zu finden, sei es, als gut ausgebildete Frau eine Teilzeitstelle mit weniger als 80%-Pensum zu finden. Hier herrsche ein grosser Handlungsbedarf. Frauen sollten beim Wiedereinstieg in die Berufswelt in Teilzeit unterstützt werden.

Weiter tragen Projekte zur Ermöglichung von Teilzeitarbeit für Väter zur verbesserten Familienfreundlichkeit bei. Heute arbeiten 92% der Väter mit Kindern unter 15 Jahren in Vollzeit. Auch hier werden Verbesserungen im Bereich des Erwerbslebens gewünscht. Es existiert kein Projekt des Kantons, welches Anreize für Teilzeitarbeitsmodelle schafft. Alles basiert ausschliesslich auf der Freiwilligkeit von Firmen. Hierfür wurde das [Projekt](#) «Familienfreundliche KMU im Baselbiet» lanciert, bei dem Pilotfirmen durchleuchtet und zu Massnahmen motiviert werden.

#### – Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

#### – Detailberatung

Der Postulant stellte den Gegenantrag, das Postulat stehen zu lassen und begründete dies wie folgt: Die Vorlage sei vorzüglich ausgeschafft worden und zeige die Problemfelder im Kanton deutlich auf. Es wurde geprüft, welche Bedürfnisse vorhanden seien und wo ein Handlungsbedarf bestehe. Der Regierungsrat berichte jedoch *nicht*, welche Massnahmen daraus abgeleitet oder angestrebt werden.

Auch andere Kommissionsmitglieder waren sich unschlüssig darüber, ob die Vorlage abgeschrieben werden solle oder nicht, da man nach ihrer Meinung bei der Beantwortung sicherlich mehr hätte erwarten können bezüglich Handlungsfelder. Dennoch waren sie der Ansicht, dass es zielführender wäre, diese Vorlage abzuschreiben und gleich wieder einen neuen Vorstoss einzureichen.

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder sprach sich schlussendlich für Abschreibung aus. Es wurde erwähnt, dass sich die aufgezeigten Probleme mit der Gesetzesinitiative der FDP zum Thema FEB-Frühbereich und einem runden Tisch zur Frage, wie es mit der familienergänzenden Kinderbetreuung weitergehen solle, kreuzen.

### 3. Antrag

://: Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 6:3 Stimmen bei einer Enthaltung, das Postulat 2008/155 abzuschreiben.

Münchenstein, 15. Oktober 2012

Für die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission:  
Daniel Mürger, Tagespräsident